

Einschätzung des Abschlussberichts „Eine Neue Balance von Markt und Staat: ...“ der Projektgruppe des SPD Parteivorstands „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“

1 Gesamteinschätzung

1.1 Zur Ursachenanalyse der SPD

Bereits in der Ursachenanalyse für die Finanzkrise greift die Einschätzung der Projektgruppe zu kurz. Demnach liegen die Ursachen der Krise im Fehlverhalten von „Finanzakteuren“ und deren Renditeerwartungen sowie in der unzureichenden staatlichen Kontrolle und Aufsicht dieser Akteure. Zwar ist die Kritik an diesen Profiteuren und ihrer unzureichenden Kontrolle berechtigt, letztlich liegt aber die Ursache für die Krise in der verteilungspolitischen Schieflage zwischen Arbeit und Kapital, sowohl national wie international, begründet. Wer die Existenzgrundlagen breiter Bevölkerungsschichten zunehmend beschneidet (Lohndumping, Sozialkürzungen, Steuer- und Abgabepolitik zu Gunsten der Konzerne und Superreichen), provoziert zwangsläufig ein System, in dem immer größere Kapitalmassen in die Spekulation getrieben werden. Genau diese systemimmanenten Ursachen werden geflissentlich ausgeblendet, wohl auch deshalb, weil die SPD an deren Schaffung kräftig mitgewirkt hat (Unternehmenssteuerreform, Agenda 2010).

1.2 Zum Maßnahmenpaket der SPD (14 Maßnahmen)

Stoßrichtung: Das Maßnahmenpaket enthält sinnvolle, lange überfällige Verbesserungen der nationalen und internationalen Aufsicht, der Risikovorsorge seitens der Finanzinstitute sowie der persönlichen Haftung. Nicht alle Maßnahmen sind rechtlich bindend. Während Verbesserungen der Aufsicht und Bilanzierungsvorschriften rechtlich verankert werden sollen, gilt dieses z.B. nicht für die Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme. Auch Hedge-Fonds sollen nur z.T. rechtlich bindend reguliert werden, anderes wird einem Verhaltenskodex überlassen. Etliches ist noch zu konkretisieren und quantifizieren. Dies betrifft etwa die Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge der Finanzinstitute ebenso wie die Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme und die Funktion des IWF.

Was fehlt: Das Paket beschränkt sich weitgehend auf den aufsichtsrechtlichen Rahmen und das individuelle Handeln der Finanzakteure. Dabei fehlt z.B. als erste Verkehrsregel ein vorausschauender Finanz-TÜV, der Finanzinstrumente vor ihrer Zulassung auf gesamtwirtschaftliche Verträglichkeit und Verbraucherfreundlichkeit prüft. Auch wird abgesehen davon, dass Anreize geschaffen werden sollen, um den außerbörslichen Derivatehandel auf die Börse umzuleiten, weder etwas zu einer direkten Beschränkung des Derivatehandels gesagt noch zu dessen Entschleunigung etwa durch eine Finanztransaktionsteuer. Der Devisenhandel und die Stabilisierung von Wechselkursen durch Zielzonen bleiben ebenfalls außen vor.

Vor allem fehlt jeglicher Hinweis zum Verhältnis von Real- und Finanzwirtschaft. Landesbanken sollen gar auf ein oder zwei fusionierte und zentralisierte Apparate reduziert werden, statt in der Region zur Stützung der Sparkassen präsent zu sein und als öffentlich-rechtliche Institutionen vom überdimensionierten Renditedruck befreit zu werden. Von Umverteilung zu Gunsten der Realwirtschaft ist ebenso wenig die Rede wie von der Stärkung der öffentlichen Rente, einem stabilisierenden Konjunkturpro-

gramm oder Zukunftsinvestitionen. Die Finanzmärkte isoliert ohne Stärkung der Realwirtschaft regulieren zu wollen, ist höchst ineffizient und bewirkt keine Trendumkehr der Dominanz der Finanzmärkte über reale Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger.

Die SPD hat die Finanzkrise gebraucht, um in ihren Maßnahmen so weit zu kommen, wie sie gekommen ist. SPD-Linke wie Ortwin Runde gehen deutlich weiter. So plädiert Runde im Diskussionspapier „Eine neue Finanzarchitektur“ vom 8. Oktober dieses Jahres explizit dafür, Real- und Finanzwirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen. Er spricht sich ebenso für ein strukturell wirkendes Stabilitäts- und Konjunkturpaket aus wie für Zukunftsinvestitionen. Auch der Finanz-TÜV, die Finanztransaktionsteuer und eine Demokratisierung des IWF finden sich wieder. Verbleibende SPD-Linke wie Ortwin Runde waren in der Arbeitsgruppe der SPD nicht vertreten.

Originaldokumente:

Abschlussbericht der Projektgruppe des SPD Parteivorstands:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,10174,00.pdf

Linkere SPD-Position „Eine neue Finanzarchitektur“ von Ortwin Runde:

http://www.ortwin-runde.de/media/file/127.081008_Ortwin_Runde_-_Eine_neue_Finanzarchitektur.pdf

2 Anhang: Zu den 14 Maßnahmen der SPD im Einzelnen

Zu 1. Höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge der Finanzinstitute

Liquiditätsvorschriften und Eigenkapitalanforderungen sollen ausgebaut und international weiter harmonisiert werden. Auch sei die zulässige Hebelwirkung von Krediten direkt zu begrenzen. Zudem sei der Anteil langfristiger Refinanzierungen für langfristig vergebene Kredite deutlich zu erhöhen.

Die Maßnahme ist eine sinnvolle Korrektur alter Deregulierungsfehler. Zentrales Merkmal der aktuellen Finanzkrise ist die Liquiditätskrise. Kredite an Hedge-Fonds sollten jedoch nicht nur mit mehr Eigenkapital unterlegt werden. Vielmehr sind Bankgeschäfte mit Hedge-Fonds komplett zu untersagen. Auch müssen interne Risikomodelle zur Ermittlung des Bedarfs an Eigenkapital durch externe ersetzt werden.

Die SPD hält es für denkbar, Banken, Investmentfonds und andere Finanzakteure zu einer Mindestreserve bei der EZB auf alle Aktiva zu verpflichten. Dieses muss umgesetzt werden! Es gibt der EZB eine Handhabe, Kreditblasen durch ein Anheben der Reservesätze entgegenzuwirken. Die SPD-Vorschläge der ersten Maßnahme sind zum größten Teil noch nicht konkretisiert.

Zu 2. Strengere Bilanzierungspflichten der Finanzinstitute

Risiken sollen eindeutig in den Bilanzen der Finanzinstitute ausgewiesen sein und nicht mehr in Zweckgesellschaften ausgelagert werden. Gleiche Geschäfte seien gleich zu regulieren – egal, ob von einer Bank oder einem sonstigen Finanzinstitut ausgeführt. Das im parlamentarischen Verfahren befindliche Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz sei entsprechend zu erweitern.

Es handelt sich um eine sinnvolle Korrektur, da eine Regulierungslücke geschlossen wird. Banken hatten den vorgeschriebenen Vorhalt an Eigenkapital reduziert, indem sie Risiken ausgelagerten.

Zu 3. Mindestens 20 Prozent Selbstbehalt bei Verbriefungen

Kreditrisiken sollen nicht mehr zu 100 Prozent verbrieft und an die Kapitalmärkte weitergereicht, sondern auf Grundlage einer internationalen Regelung zu mindestens 20 Prozent von den Finanzinstituten selbst gehalten werden. Im Sinne höherer Transparenz seien zudem Anreize zu schaffen, um den außerbörslichen Derivatehandel in den Börsenhandel zu überführen.

Der Vorschlag ist unzureichend. Weit effektiver ist die direkte Regelung, Verbriefungen wenn überhaupt nur sehr bedingt zuzulassen. Was den Derivatehandel betrifft: Abgesehen davon, dass die SPD nicht äußert, wie die Anreize aussehen, ist der Börsenhandel zwar transparenter als der außerbörsliche. Einzig realwirtschaftlich nützlich ist jedoch nur das einmalige Abschließen eines Termingeschäfts, während der anschließende Derivatehandel der Spekulation dient. Der gesamte Derivatehandel kann gestrost verboten und sollte zumindest massiv entschleunigt werden (Finanztransaktionssteuer).

Zu 4. Verbot schädlicher Leerverkäufe

Schädliche Leerverkäufe sollen auf internationaler Ebene verboten werden. Als schädlich gelten Leerverkäufe laut SPD, wenn sie ohne Wertpapierleihe erfolgen.

Das Verbot ist unzureichend und dilettantisch. Leerverkäufe erfolgen immer in der Spekulation auf fallende Kurse und können massive realwirtschaftlich schädliche Eindynamiken entfalten – ob mit oder ohne Wertpapierleihe. Das aktuelle, zeitlich

befristete Verbot von Leerverkäufen, das auf elf Finanztitel beschränkt ist, erwies sich als bedeutungslos: Händler setzen ihre Leerverkäufe schlicht über Indizes um, in denen die Titel enthalten sind – und kaufen die anderen Papiere zurück. Auch der Weg über Derivate ist eine Alternative zu Leerverkäufen. Wer Leerverkäufe verbietet und den Derivatehandel weiter laufen lässt, erreicht wenig.

Zu 5. Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme

Individuelles Fehlverhalten müsse künftig individuelle Sanktionen nach sich ziehen. Dies solle auf Grundlage eines internationalen Verhaltenskodex für eine verantwortungsbewusste Geschäftsführung erfolgen. Boni sollen sich am längerfristigen Unternehmenserfolg orientieren, Vergütungs- und Anreizsysteme für Manager und Angestellte Gegenstand der Finanzaufsicht werden.

Der Ansatz geht in die richtige Richtung, ist jedoch unzureichend und inkonsequent. In der Tat haben überzogene und einseitige Vergütungs- und Anreizsysteme riskantes Verhalten verstärkt. Ein internationaler Verhaltenskodex muss jedoch in nationales Recht überführt werden. Außerdem verstärken Hedge-Fonds den Renditedruck auf die gesamte Finanzbranche, was veränderte Anreize auf der individuellen Ebene nicht auffangen.

Zu 6. Persönliche Haftung der Verantwortlichen

Es seien internationale Standards zu setzen, um etwa Abfindungen in Millionenhöhe trotz Fehlentscheidungen zu vermeiden. Aufsichtsräte sollen ihre Kontrollaufgaben stärker wahrnehmen und gesetzlich mögliche Sanktionen gegenüber dem Management auch durchsetzen.

Die Maßnahme ist selbstverständlich. Zugleich ist sie in gleicher Weise unzureichend wie 5.

Zu 7. Europäische Aufsicht stärken

Die nationale und supranationale Zusammenarbeit aller Aufsichtsbehörden soll in der EU-Bankenrichtlinie verankert werden. Das Kollegium der an einer internationalen Bank beteiligten Aufsichten soll zu verbindlichen Entscheidungen befugt werden, wobei sich die Stimmrechte nach den Wertschöpfungsanteilen der Bankengruppe richten.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht soll durch das neue fünfköpfige Direktorium effektiver werden, die Handlungsmöglichkeiten und die Verzahnung mit der Deutschen Bundesbank seien zu verbessern. Sicherzustellen sein, dass alle Auslandsaktivitäten von Finanzinstituten in die Prüfung einbezogen werden können. Am Prinzip der Allfinanz-Aufsicht wird festgehalten.

Der Schritt ist sinnvoll und zugleich überfällig und ergänzungsbedürftig. Die internationale Verflechtung hat es seit Langem dringend notwendig gemacht, die Aufsicht auszuweiten. Ebenso wichtig ist jedoch, Geschäftsmodelle in die Aufsicht einzuschließen. Steinbrück lehnt dieses nach wie vor ab. Auch wird die Aufsicht überfordert bleiben, wenn es keinen wirksamen und vorausschauenden Finanz-TÜV gibt, der Finanzinstrumente vor ihrer Zulassung auf deren gesamtwirtschaftliche Verträglichkeit prüft. Die Volkswirtschaft braucht keine immer neuen Spielzeuge, sondern realwirtschaftlich sinnvolle Instrumente.

Zu 8. Verbesserte Ratings

Offenbar ist den Autorinnen und Autoren des Papiers durchaus bewusst, auf welcher unheilvollen Art Ratingagenturen und die Emittenten von Wertpapieren ineinander verstrickt sind. Schließlich werden Ratingagenturen von den Emittenten bezahlt. Und wer

für eine Leistung bezahlt, erwartet natürlich, dass die Leistung seinen Interessen dienlich ist. Dabei mutet es wie ein frommer Wunsch an, dass beide Seiten ihren Umgang miteinander offenlegen und auf das Notwendige beschränken sollen. Die Vorschläge des Papiers doktern letztlich nur an einer Konstellation herum, ohne das dahinter stehende finanzielle Abhängigkeitsverhältnis in Frage zu stellen. Erstaunlich unpräzise wird für die Errichtung einer europäischen Ratingagentur plädiert. Hier ist DIE LINKE. weiter: Eine europäische Ratingagentur muss als staatliche und von finanziellen Interessen unabhängige Einrichtung etabliert werden, die sich durch die Erhebung von Gebühren bei den Emittenten nach einer festgelegten Gebührenordnung finanziert. Schließlich darf aber auch nur das geratet werden können, was zuvor einen Finanz-TÜV durchlaufen hat. Dazu aber ist bei der SPD kein Wort zu lesen.

Zu 9. Zentrale und neue Rolle für den IWF

Als internationale Institution, die Regeln setzt und deren Einhaltung überwacht, wünscht sich die SPD-Projektgruppe einen neu organisierten IWF. Zur dringend notwendigen Demokratisierung des IWF sagt die SPD nichts. Doch Global Governance darf nicht im demokratiefreien Raum stattfinden. Vielmehr sind alle Länder – nicht nur die gewichtigen BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) und die arabische Welt – demokratisch zu beteiligen. Ein weiterer Schritt wäre die Einrichtung eines IWF-Parlaments, das sich aus Abgeordneten der Parlamente aller beteiligten Staaten zusammensetzt – eine Idee, die etwa Boutros Boutros-Ghali, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen, für die UN präferiert.

Da die SPD sich nicht konkret äußert, wie die Neuausrichtung des IWF aussehen soll und international durchgesetzt werden kann, kann man sich hier nur der Kritik von attac anschließen: „Bei den nun von der SPD vorgestellten 14 Maßnahmen (...) fällt auf, dass man hier die eigene Verantwortung besonders gern abschiebt auf Institutionen, auf die man keinen oder nur geringen Einfluss hat. Hierfür bemüht man etwa den IWF, der mit Hinblick auf Regulierungsmaßnahmen bisher eine ausgesprochen kontraproduktive Rolle gespielt hat. Wider besseres Wissen verbreitet die SPD nun die absurde Vorstellung, sie könnte diese – hauptsächlich von der US-Regierung kontrollierte Institution – nun zu einer 180°-Wende bewegen.“

Zu 10. Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds straff regulieren

Die Forderung nach einer strafferen Regulierung von Hedge- und Private Equity-Fonds sind in Anbetracht des SPD-Regierungshandelns geradezu grotesk: Erst Rot-Grün hat Hedge-Fonds in Deutschland zugelassen, ohne diese auch nur annähernd der jetzt vorgeschlagenen Regulierung zu unterwerfen. Ebenso wurde die nun geforderte Zurücknahme der Gewerbesteuerfreiheit für Private Equity-Fonds in Verantwortung der SPD forciert – zuletzt mit dem Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalanlagegesellschaften (MoRaKG). Die geforderten Maßnahmen machen auch hier offensichtlich, dass man sich in der SPD durchaus der Gefahren von Hedge- und Private Equity-Fonds bewusst ist und dass dennoch zugleich nur an den Symptomen herumgedoktert werden soll, anstatt die Übel an der Wurzel zu packen. DIE LINKE. fordert die Zurücknahme der Zulassung von Hedge-Fonds in Deutschland und das Untersagen von Geschäften mit ausländischen Hedge-Fonds. Anstatt die, oftmals dezimierten, Beschäftigten an der Wertsteigerung beim Weiterverkauf ihrer Unternehmen zu beteiligen wie im SPD-Papier gefordert, verlangt DIE LINKE. ein vollständiges Mitbestimmungsrecht, wenn die Beteiligung eines Private Equity-Fonds ansteht.

Zu 11. Mehr Transparenz bei Staatsfonds einfordern

Die SPD begrüßt die Ergänzung des Außenwirtschaftsgesetzes, nach der es ausländischen Staatsfonds in gewissen Fällen untersagt werden kann, sich an bestimmten deutschen Unternehmen zu beteiligen. Ebenso wird die Initiative des IWF begrüßt,

eine Selbstverpflichtung der Staatsfonds zu größerer Transparenz zu moderieren. Der Politik ein Eingriffsrecht in das Investitionsverhalten von Staatsfonds zu geben, hat auch DIE LINKE befürwortet. Jedoch sind die Anlässe, bei denen eingegriffen werden darf, zu eng begrenzt. Ebenso ist eine Begrenzung auf Staatsfonds ungenügend. So muss der Staat auch einschreiten dürfen, wenn Arbeitsplätze bedroht sind – gleich in welcher Branche. Dieses Eingriffsrecht muss zudem gegenüber allen anderen Arten von Fonds gelten.

Zu 12. Beteiligungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken

Auch in ihrem Positionspapier geht die SPD nicht darüber hinaus, für die abhängig Beschäftigten lediglich mehr Informationsrechte einzufordern und das Zurückhalten von Informationen an die Betriebsverfassungsorgane stärker sanktioniert sehen zu wollen. Mit wirklichen Beteiligungsrechten hat das nicht viel zu tun. Hier gilt es vielmehr, mehr Mitbestimmung durchzusetzen!

Zu 13. Steueroasen austrocknen

Mit ihrer Forderung, Steueroasen auszutrocknen, liegt die SPD-Projektgruppe zwar richtig, zugleich lenkt sie damit von den Defiziten ihres eigenen Papiers ab. Es ist erfreulich, dass sich die SPD der Forderung der Fraktion DIE LINKE anschließt, die EU-Zinsrichtlinie entsprechend zu verbessern. Allerdings ist DIE LINKE ansonsten mit ihren Forderungen zur Austrocknung von Steueroasen bereits deutlich weiter und vor allem konkreter. So fordern wir...

...den Ausschluss von Bankinstituten aus nicht kooperierenden Staaten vom inländischen Kapitalmarkt, die Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen und die Aufhebung der Quellensteuerbefreiung für Steuerausländer und -ausländerinnen aus den betreffenden Staaten,

...die Einführung einer Meldepflicht von Kapitalbewegungen ins Ausland ab einem jährlichen Betrag in Höhe von insgesamt 100 000 Euro an das Bundeszentralamt für Steuern,

... sowie den Verzicht auf die Einführung der Kapitalabgeltungsteuer, da diese das Risiko der Hinterziehung von Steuern potenziell erhöht. Stattdessen sollen Kapitalerträge auch zukünftig dem persönlichen Steuersatz unterworfen werden.

Zu 14. Deutschlands Drei-Säulen-Modell bewahren – Landesbanken konsolidieren

Nach dem Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast im Jahr 2005 stellt sich die Frage, ob es sich bei dem Bekenntnis zum Drei-Säulen-Modell aus öffentlich-rechtlichen Sparkassen/ Landesbanken, Genossenschaftsbanken und Privatbanken nur um ein Lippenbekenntnis handelt. Auch ist die Analyse, dass der intensive Wettbewerb einen flächendeckenden Zugang zu Finanzdienstleistungen für alle Kunden garantiere, schlicht falsch. Alle Kreditinstitute haben ihr Filialnetz ausgedünnt, und längst nicht für alle Menschen ist das Recht auf den Zugang zu Finanzdienstleistungen garantiert. So ist die Forderung DER LINKEN nach einem Girokonto für alle bei der SPD auf Ablehnung gestoßen. Auch die Forderung nach einer „horizontalen Konsolidierung“ der Landesbanken wirkt reichlich ziellos. Wer keine konsequente Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik betreibt, die an den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen ausgerichtet ist, der bietet auch „konsolidierten“ Landesbanken keine vernünftige und sachgerechte Aufgabenstellung. Und sollen Landesbanken ihre öffentlich-rechtliche Aufgabe wahrnehmen und Sparkassen in ihrer Kreditvergabe unterstützen, müssen sie in der Region entscheidungsfähig sein und können nicht auf ein oder zwei fusionierte und zentralisierte Apparate reduziert werden.